

Zu Gast bei Linken

Die Bundestagsfraktion der Partei, die den Verfassungsschutz auflösen will, lud dessen Chef Hans-Georg Maaßen zu einer Talkrunde ein. Er kam und blieb in der Sache hart

Claudia Wangerin

Keine Sekunde will Hans-Georg Maaßen gezögert haben, dieser Einladung zu folgen: Die Bundestagsfraktion Die Linke hatte sich für eine kontroverse Diskussion über den »Verfassungsschutz - zwischen Reform und Auflösung« keinen geringeren als dessen Präsidenten als Talkgast auf dem roten Ledersofa im Berliner Kulturzentrum »Pfefferberg« gewünscht. Er sei »der festen Überzeugung«, daß man sein Profil nur schärfen könne, wenn man nicht immer nur mit Freunden diskutiere, sagte Maaßen zu Beginn der Runde am Mittwoch nachmittag. Er habe auch nie den Berufswunsch gehabt, Chef einer Bundesbehörde zu werden. Es sei ihm aber klar, daß dies »wichtig für unser Land« sei.

Die Impulsreferate der Linkspartei-Abgeordneten Jan Korte, Petra Pau und Ulla Jelpke hatte der Geheimdienstchef leider verpaßt, als er lächelnd den Raum mit etwa 100 Zuhörern betrat. Maaßen schien gut darauf vorbereitet, daß neben der Rolle neofaschistischer V-Leute im Umfeld der Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) auch die Beteiligung von Altnazis am Aufbau des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) zur Sprache kommen würde. Auf Personalien wie die des langjährigen BfV-Präsidenten Hubert Schrübbers, der seine Karriere als linientreuer Staatsanwalt unter Hitler begonnen hatte, ging er nicht ein, sondern verwies auf »unabhängige Historiker«, die sich im Auftrag der Behörde mit deren Frühgeschichte befaßten.

Der eigentliche Vorgänger des BfV sei »nicht die Gestapo«, sondern das 1920 in der Weimarer Republik gegründete Reichskommissariat zur Überwachung der öffentlichen Ordnung, behauptete er. Dieses habe »Nazis, aber auch Linksextremismus« überwacht und sei aus heutiger Sicht 1929 zu früh aufgelöst worden - die NSDAP sei nur wenige Jahre später an die Regierung gekommen. Heute müsse unbedingt verhindert werden, daß »die extremen Ränder«, egal ob links oder rechts, »auf legalistischem Weg an die Macht kommen« könnten. So verteidigte er auch die Überwachung »extremistischer Teilorganisationen« der Linkspartei, wie etwa der Kommunistischen Plattform. »Da hab' ich auch kein schlechtes Gewissen«. Es könne auch nötig sein, Abgeordnete ins Visier zu nehmen. Wer einen Systemwechsel wolle, sei für ihn ein Verfassungsfeind, hob Maaßen hervor. Eben darauf war Jelpke in ihrem Geleitwort eingegangen: Der Inlandsgeheimdienst wolle den Kapitalismus schützen, dem er Verfassungsrang zuordne. Das gebe die Verfassung aber nicht her.

Mit Blick auf den Terror des NSU räumte Maaßen Fehler ein. Solche »Defizite« dürfe es nicht mehr geben; wenn in Zukunft Akten vernichtet würden, »dann nach Recht und Gesetz und nicht einfach so«. V-Leute aus der Neonaziszene seien zwar »Verräter« und »Schmutzfüße«, die aus niederen Beweggründen wie »Geld oder Mißgunst gegenüber Kameraden« handelten, aber als Informationsquellen unverzichtbar. Das von Petra Pau genannte Beispiel des V-Mannes »Piato«, der trotz des Mordversuchs an einem Nigerianer vom Brandenburger Verfassungsschutz angeworben wurde, liege nicht in der Verantwortung des Bundesamtes, wick Maaßen aus. Der Verfassungsschutz sei nicht für Strafverfolgung zuständig, werde aber als »Frühwarnsystem« gebraucht. Eben als solches habe die Behörde aber im Fall des NSU nichts getaugt, hielt Jan Korte - links von Maaßen auf dem Sofa - entgegen. Zum Schluß sagte Korte mit Blick auf sein zwölf Punkte umfassendes »Sofortprogramm zur Auflösung des Inlandsgeheimdienstes«, dieser solle ja nicht über Nacht abgeschafft werden. »Uns schwebt eher ein Fünfjahresplan vor, Sie können sich also drauf einrichten.« Moderator Hanno Harnisch lud Maaßen ausdrücklich zum »Come together« am Buffet ein.